

Rahmenkonzept Biosphärenreservat Rhön – Wirtschaft, Handel und Gewerbe 1995

1. Wirtschaft.....	2
1.1 Wirtschaftliche Kennzeichen der Rhön.....	2
1.2 Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstruktur	3
1.3 Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung bis 2010	5
2. Ziele einer umweltschonenden Wirtschaft	6
2.1 Eckpunkte einer aktiven regionalen Wirtschaftspolitik	6
2.2 Qualifizierung der Arbeitskräfte in der Region	7
2.3 Informations- und Kontaktvermittlung sowie Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen.....	8
2.4 Unterstützung von dem Biosphärenreservat angepassten Produktionsformen, Produkten und Dienstleistungen	8
2.5 Verfahrensbegleitung und Abbau von Entwicklungshemmnissen	10
2.6 Gewerbeflächen- und Standortsicherung	11
2.7 Sicherung der Waren- und Dienstleistungsversorgung.....	12
2.8 Organisatorischer Rahmen	15

1. Wirtschaft

Ein Hauptziel von Biosphärenreservaten in Kulturlandschaften ist es, Beispielregionen zu entwickeln, in denen der Mensch die natürlichen Ressourcen der Biosphäre nachhaltig bewirtschaftet. Im Mittelpunkt eines Biosphärenreservats steht der Zusammenhang von natürlicher Umwelt und den wirtschaftlichen Ansprüchen des Menschen an diesen Raum.

Biosphärenreservate auch für den Menschen als Wirtschaftsraum zu entwickeln, bedeutet zum einen eine enge Anpassung an die natürliche Umwelt, umfaßt zum anderen aber auch die abgestimmte Weiterentwicklung der Funktionsbereiche Wohnen, Arbeiten und Versorgung. Der Beitrag des besonders wichtigen Bereichs Arbeiten liegt darin, im Einklang mit den übrigen Funktions- und Zielbereichen stabile, konkurrenzfähige und hochwertige Arbeitsplätze in der Region zu schaffen, um der Bevölkerung Erwerbsmöglichkeiten und damit eine Existenzsicherung zu geben.

Aufgrund der Lagebedingungen und der sozioökonomischen Verflechtungen ist ein Funktionsaustausch mit den angrenzenden Gebieten auch künftig notwendig. Eine starke Trennung der Bereiche Wohnen und Arbeiten bringt jedoch soziokulturelle und ökologische Belastungen (Verkehr) mit sich, die dem ganzheitlichen Entwicklungsziel als Natur- und Lebensraum entgegenstehen. Folgerichtig ist eine höhere Arbeitsplatzversorgung im Biosphärenreservat mit abnehmendem Auspendlersaldo zu fordern (OTT et al., 1992).

1.1 Wirtschaftliche Kennzeichen der Rhön

Das Biosphärenreservat Rhön umfaßt einen ländlich strukturierten Raum mit geringer Wirtschaftskraft und Schwächen in der Erwerbsstruktur. Die sozioökonomische Analyse verdeutlicht dieses Strukturbild anhand wichtiger Merkmale: die geringe Siedlungsdichte, die niedrige Ausstattung mit Arbeitsplätzen, die hohe Quote von Berufsauspendlern und eine ungünstige Branchenstruktur.

Das Biosphärenreservat weist in seiner räumlichen Lage eine starke Außenorientierung und damit Abhängigkeit von umliegenden Zentren bzw. Entwicklungsachsen auf. Das Biosphärenreservat ist von Entwicklungsachsen umgeben, die heute Arbeitsplätze und Dienstleistungen für die Bevölkerung im Biosphärenreservat zur Verfügung stellen und auch künftig die wirtschaftliche Entwicklung des Gesamttraumes wesentlich bestimmen werden. In der Bedeutung der Rhön als Lebensraum hat damit der Funktionsbereich Wohnen ein höheres Gewicht als die Bereiche Arbeiten und Versorgung, in denen die Funktionsteilung mit den benachbarten Gebieten stark ausgeprägt ist.

Das Biosphärenreservat Rhön ist kein einheitlicher Wirtschaftsraum. Es setzt sich aus drei Teilräumen zusammen, deren Abgrenzung in etwa den Landesgrenzen entspricht. Die Teilräume sind jeweils auf die benachbarten Arbeitsplatz- und Dienstleistungszentren im eigenen Land ausgerichtet. Der heutige Einfluß der hessischen und bayerischen Zentren auf die thüringer Rhön ist vorübergehender Art und dürfte sich langfristig nach Ausgleich des wirtschaftlichen Attraktivitätsgefälles zwischen West und Ost wieder deutlich verringern (ECKEY, H.-F., 1991).

Einschätzungen zur künftigen Wirtschaftsentwicklung strukturschwacher Gebiete sagen vielfach eine Verschlechterung ihrer Wettbewerbsposition voraus. Diese Gefahr einer zunehmenden Destabilisierung wurde in den letzten Jahren durch positive konjunkturelle Einflüsse und Zuwanderungen auf Grund politischer Sondereinflüsse überdeckt. Hierbei sind folgende Entwicklungstrends zu berücksichtigen, die tendenziell zugunsten verdichteter Gebiete wirken:

- Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft,

- Ausbau der Informations- und Kommunikationstechniken,
- Entwicklung neuer Techniken für den Produktionsbereich,
- Globalisierung der Märkte,
- Knappes Arbeitskräfteangebot an jungen Menschen.

Die Teilräume des Biosphärenreservats zählten in der Vergangenheit (hessischer Teil) bzw. gehören auch noch heute zum Fördergebiet der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" (BUNDESMINISTER FÜR WIRTSCHAFT, 1992). Zusätzlich sind der hessische und der bayerische Teil Fördergebiet der EG-Strukturpolitik (Ziel 5b-Gebiete) und werden durch das Förderprogramm LEADER unterstützt. Die EG-Mittel können einen zeitlich befristeten Beitrag zum Aufbau von Projekten im Biosphärenreservat leisten, während die nationale Förderung einzelbetriebliche Vorhaben und Infrastrukturmaßnahmen unterstützt.

Der künftige Beitrag externer Förderhilfen zum wirtschaftlichen Wachstum in der Rhön darf nicht überschätzt werden. Mittelfristig nehmen die Möglichkeiten finanzieller Hilfen von außen ab, da sich der Spielraum der nationalen Förderung aus fiskalischen, ordnungspolitischen und wettbewerbsrechtlichen Gründen weiter verengen wird. Hieraus stellt sich für die Rhön die Konsequenz, die regionalen Eigenkräfte rechtzeitig mit (noch verfügbarer) externer Hilfe zu mobilisieren.

1.2 Arbeitsplatz- und Wirtschaftsstruktur

Von den 111.000 Einwohnern sind rund 48.000 Erwerbspersonen. Das Arbeitsplatzangebot innerhalb des Biosphärenreservates liegt bei etwa 26.000 (12.000 im hessischen, 9.000 im bayerischen, 5.000 im thüringischen Teil). Die Differenz zwischen der Zahl der Erwerbspersonen (48.000) und der Zahl der Beschäftigten (26.000) in Höhe von 22.000 setzt sich aus den Arbeitslosen (etwa 4.000) und dem Auspendlerüberschuß (rund 18.000) zusammen. Die Arbeitslosenquote erreicht etwa 8 %; in den Teilgebieten liegen die Arbeitslosenquoten jeweils unter dem entsprechenden Landesdurchschnitt (Stand Mitte 1992).

Die Wirtschaftsstruktur wird durch hohe Anteile des Primären und Sekundären Sektors, insbesondere der Landwirtschaft, des Verarbeitenden Gewerbes und der Bauwirtschaft geprägt. Im Fremdenverkehr allein sind etwa 10 % der Beschäftigten tätig. Das sind absolut etwa 2.600 Beschäftigte.

Sehr niedrig sind die Beschäftigtenzahlen im unternehmensnahen Dienstleistungsbereich. Das Handwerk, das in fast allen Wirtschaftsbereichen enthalten ist, am stärksten im Baugewerbe, im Verarbeitendem Gewerbe und im Handel, hat grob geschätzt etwa 8.000 Beschäftigte.

Die **wirtschaftliche Entwicklung** verlief in der Vergangenheit stark abwärts gerichtet. Zwischen 1970 und 1987 ging die Beschäftigtenzahl im hessischen und bayerischen Teil um - 20 % zurück, während im Land Hessen ein Zuwachs von + 7 % zu verzeichnen war. Zwischen 1987 und 1991 war jedoch in der hessischen und bayerischen Rhön ein Beschäftigtenzuwachs zu verzeichnen, der deutlich höher als in Hessen ausfiel. Die Vereinigungsimpulse haben sich in der Rhön infolge der geographischen Lage sowie der Branchenstruktur der Region (hoher Anteil des Verbrauchsgütergewerbes) stark ausgewirkt, allerdings auf Kosten des thüringischen Teils. Mittel- bis langfristig ist jedoch mit einer Angleichung des Entwicklungsstandes zu rechnen.

Die relativ günstige Entwicklung in den letzten drei Jahren hat die gravierenden Strukturprobleme in der Rhön nur überdeckt. Die **regionale Wirtschaftsstruktur** ist mit dem hohen Anteil des Primären und Sekundären Bereichs **auch für die Zukunft ungünstig**. Dies wird deutlich aus dem Vergleich der wirtschaftlichen Entwicklung Westdeutschlands bzw. Hessens mit der Wirtschaftsstruktur der Rhön

(Shift-Analyse). Bei paralleler Entwicklung der einzelnen in der Rhön vertretenen Wirtschaftsabteilungen zur westdeutschen bzw. hessischen Entwicklung bis zum Jahr 2010 ergäbe sich für die Rhön eine Stagnation der Beschäftigtenzahl im Vergleich zu einem jährlichen Beschäftigtenwachstum von + 0,3 % für Westdeutschland.

Die **Landwirtschaft** hat in der Rhön wegen der klimatischen und topographischen Verhältnisse ungünstige Standortvoraussetzungen. Der typische Rhön-Hof in Bayern und Hessen bewirtschaftete eine Fläche von 5 - 25 ha, heute bewirtschaften Haupterwerbsbetriebe 30 ha und mehr. Die Zahl der hier Erwerbstätigen hat in der Vergangenheit stark abgenommen. Dieser Trend wird sich auch in Zukunft fortsetzen sofern sich von den Betrieben kein ausreichendes Einkommen erwirtschaften läßt.

Die Branchenstruktur des **Verarbeitenden Gewerbes** ist in der Rhön stark auf die Verbrauchsgüterindustrien, insbesondere die Holzindustrie, das Nahrungsmittelgewerbe und die Bekleidungsindustrie ausgerichtet. Auch die Steine- und Erden-Industrie hat einen überdurchschnittlich hohen Anteil. Fast alle in der Rhön vertretenen Branchen müssen in Zukunft mit einem massiven Anpassungsdruck rechnen und zwar durch starke Auslandskonkurrenz (Bekleidungsindustrie, Textilindustrie, Sägewerke, Möbelindustrie, Glasindustrie) und/oder durch Konzentrations- und Rationalisierungsmaßnahmen (Steine und Erden, Nahrungsmittelindustrie). Infolge kleiner Betriebseinheiten und niedriger Produktivität wird das Verarbeitende Gewerbe in der Rhön diesem Anpassungsdruck sogar noch stärker ausgesetzt sein als in Gesamt-Deutschland.

Die Bedeutung des **Baugewerbes** ist in der Rhön sehr viel größer, als es der örtlichen Bautätigkeit entspricht, da über die Hälfte der bei Rhöner Baufirmen registrierten Bauarbeiter auf Baustellen außerhalb der Rhön tätig ist. Das Baugewerbe der Rhön hat sich in der Vergangenheit als "Auffangbecken" für aus anderen Wirtschaftsbereichen (vor allem der Landwirtschaft) ausscheidende Arbeitskräfte erwiesen.

Der **Handel** besteht in der Rhön zu rund 80 % aus Einzelhandel und zu 20 % aus Großhandel und Handelsvermittlung. Die Besatzziffern im Einzelhandel (Beschäftigte je 1.000 Einwohner) liegen nur halb so hoch wie im hessischen und bayerischen Durchschnitt. Nur etwa 40 % der Kaufkraft der einheimischen Bevölkerung fließen dem Rhöner Einzelhandel zu. Bei der niedrigen Produktivität, der möglichen weiteren Zunahme der Pendlerströme sowie der weiteren Spezialisierung der Geschäfte dürfte die Beschäftigtenzahl auch in Zukunft stärker als in Hessen zurückgehen. Ebenfalls wird die Angebotsdichte des Einzelhandels in der Fläche abnehmen.

Fast 60 % der im Bereich **Private Dienstleistungen** Beschäftigten entfallen allein auf das Gastgewerbe, das - unter Herausrechnung des Eigenbedarfs der Rhöner Wohnbevölkerung - zum Fremdenverkehr zählt. Weitere wichtige Sparten sind das Gesundheitswesen, die Wäsche- und Körperpflege sowie das Bildungswesen. Die wichtige und außerordentlich dynamische Sparte "Dienstleistungen für Unternehmen", die in Hessen ihre Beschäftigtenzahl in den letzten 20 Jahren nahezu verdreifacht hat, ist in der Rhön von nur geringer Bedeutung und expandierte im gleichen Zeitraum im hessischen und bayerischen Teil auch "nur" um + 80 %.

Obwohl das Gastgewerbe in der Rhön sich stark entwickelt hat, liegt die Entwicklung aller privaten Dienstleistungen unter dem hessischen Durchschnitt.

Diese Analyse zeigt, daß alle größeren Wirtschaftsabteilungen in der Rhön eine ungünstige interne Spartenstruktur bzw. **besondere Standortnachteile** haben (Ausnahme Basaltabbau). Die Zukunftsaussichten sind für alle wichtigen Wirtschaftsabteilungen, mit Ausnahme des Baugewerbes, schlechter als bei den entsprechenden Wirtschaftsabteilungen in Hessen. Für die Gesamtwirtschaft muß in Zukunft mit einer Beschäftigtenabnahme um - 0,4 % gerechnet werden. Im hessischen und bayerischen Teil dürfte die Abnahmerate noch höher ausfallen, während im thüringischen Teil - von einem sehr niedrigen Niveau - Zuwachsraten zu erwarten sind. Diese Vorausschätzung gilt ohne

Berücksichtigung der Chancen und Risiken, die sich durch die Ausweisung des Gebietes zum Biosphärenreservat eröffnen.

1.3 Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung bis 2010

Im Zeitraum 1983 bis 1990 sind in der Wirtschaft des Raumes (ohne Land- und Forstwirtschaft und Staat) jedes Jahr 7 % aller Arbeitsplätze verlorengegangen (davon 2 %-Punkte durch Schließungen von Betrieben), gleichzeitig aber auch jedes Jahr 8 % neue Arbeitsplätze entstanden (davon 3 %-Punkte durch Neugründungen). Hieraus werden die gewaltigen Umwälzungen deutlich, die jedes Jahr auf die Wirtschaft zukommen, wobei noch zu berücksichtigen ist, daß es sich bei dem Zeitraum 1983 bis 1990 um eine Wachstumsphase gehandelt hat. Für die Zukunft muß eher mit einem höheren jährlichen Beschäftigtenabbau gerechnet werden und einem geringeren Arbeitsplatzgewinn. Neue Gewerbegebiete sind in der Rhön auch weiter erforderlich und müssen mit der erforderlichen planerischen Sorgfalt auf geeignete Standorte gelenkt werden.

Es muß damit gerechnet werden, daß im Biosphärenreservat wie in anderen ländlichen Regionen die negativen Beschäftigungseffekte die positiven übersteigen werden, sofern keine verstärkten Anstrengungen zur Bestandspflege und Ansiedlungswerbung unternommen werden. Diese mögliche Entwicklung ist aber weniger im Prädikat Biosphärenreservat, als vielmehr in der geschilderten wirtschaftlich schwierigen Lage der Region zu sehen.

Hier liegt eine wesentliche Aufgabe in der Rhön, neue Impulse zur Arbeitsplatzentwicklung in Wirtschaftsbereichen zu fördern, die den Zielen des Biosphärenreservates besonders entsprechen.

2. Ziele einer umweltschonenden Wirtschaft

2.1 Eckpunkte einer aktiven regionalen Wirtschaftspolitik

Die wichtigsten endogenen Potentiale (regionalbezogene Stärken) für die Wirtschaft der Region sind die dort lebenden Menschen mit ihrer Qualifikation und ihrem Wissen, die Betriebe mit ihrem technischen, kaufmännischen und organisatorischen Know-how, unternehmensorientierte und private Dienstleistungsanbieter sowie Versorgungs- und Infrastruktureinrichtungen. Positive regionalwirtschaftliche Impulse können von einer engeren Vernetzung des Gewerbes, des Tourismus und der Landwirtschaft sowohl untereinander wie auch innerhalb der Sektoren ausgehen.

Eine ausgeglichene wirtschaftliche Entwicklung sollte durch Verzicht auf Großprojekte abgesichert werden. Große Ansiedlungsvorhaben wie z.B. ein 60 ha großer Gewerbepark, ein Feriencenter mit 1.200 Betten oder ein Verbraucher-Großmarkt mit 10.000 qm Verkaufsfläche wirken als Störfaktoren in der Wirtschafts-, Sozial- und Raumstruktur der Rhön und stehen damit im Widerspruch zur Leitidee des Biosphärenreservats.

Wirtschaftsformen und Produkte mit schonender Nutzung der natürlichen Potentiale sollten gefördert werden. Dabei unterstützen Wirtschaftsabläufe mit einer hohen Wertschöpfung in der Region und geringer ökologischer Belastung das Ziel der gleichzeitigen Entwicklung der Rhön als Natur- und Lebensraum.

Die Philosophie einer eigenständigen Regionalentwicklung liegt darin, die eigenen Stärken randlich gelegener Regionen durch gezielte Anstoßeffekte zu entwickeln (BEIRAT FÜR RAUMORDNUNG, 1984). Anknüpfungspunkte hierfür sind Informations- und Beratungsdienste, Qualifizierungsmaßnahmen und Koordinations- und Kooperationsleistungen in der Region. Erfahrungen zur Umsetzung liegen u.a. aus der österreichischen Regionalberatung vor, deren Tätigkeit seit Ende der 80er Jahre an einem regionalwirtschaftlichen Modernisierungskonzept ausgerichtet ist (SCHEER, 1990, ÖAR, 1991). Eine derartige Strategie eröffnet dem Biosphärenreservat Rhön Perspektiven, eigene Entwicklungsreserven zu mobilisieren und wirtschaftliche Aktivitäten in sozial und ökologisch verträglicher Weise weiterzuentwickeln. Ziel ist die Erhöhung der regionalen Wertschöpfung.

Die Ausweisung als Biosphärenreservat eröffnet der Rhön besondere Entwicklungschancen. Hierzu zählen neue Märkte für Produkte und Dienstleistungen hoher Qualität (Konsumgüter und Tourismus). Weitere positive wirtschaftliche Effekte werden durch die finanzielle Abgeltung von Ausgleichsfunktionen (z. B. Landschaftspflege) geschaffen. Gleichzeitig birgt der Schutz der Landschaft aber auch Risiken für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Bei einer jährlichen Arbeitsplatzfluktuation in der Größenordnung von 7 % muß ein entsprechend hohes Volumen neuer Arbeitsplätze -entweder in bestehenden Betrieben oder in Neugründungen - geschaffen werden, um den Beschäftigtenstand der Region zu halten. Die Bereitstellung notwendiger Flächen und Infrastrukturangebote zur Schaffung neuer Arbeitsplätze ist damit eine Daueraufgabe auch im Biosphärenreservat Rhön.

Struktur- und Entwicklungsperspektiven des Raumes, wirtschaftliche Rahmenbedingungen und die Einflüsse einer Entwicklung als Biosphärenreservat stellen einen hohen Handlungsdruck für die künftige Sicherung des Funktionsbereichs Arbeiten in der Rhön dar. Um die wirtschaftliche Tätigkeit und die Arbeitsplatzentwicklung im Biosphärenreservat zu sichern, ist eine aktive Strategie zur Unterstützung der Regionalwirtschaft erforderlich. Nur so kann der Gefahr von Abwanderung (passive Sanierung) und einer zunehmenden Trennung von Wohnen und Arbeiten (Berufsauspendler) entgegengewirkt werden. Zahlreiche Initiativen sind hierzu bereits vom Regionalen Zentrum für Wissenschaft, Technik und Kultur (RWZ) ausgegangen (insbesondere Wissenstransfer/Technologieberatung).

Zur Umsetzung einer aktiven Regionalpolitik ist ein Strategiebündel erforderlich, das sich in sechs strategische Einsatzfelder gliedert:

1. Qualifizierung der Arbeitskräfte in der Region.
2. Informations- und Kontaktvermittlung sowie Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen.
3. Unterstützung von dem Biosphärenreservat angepaßten Produktionsformen und Produkten und Dienstleistungen.
4. Verfahrensbegleitung und Abbau von Entwicklungshemmnissen.
5. Gewerbeflächen- und Standortsicherung.
6. Sicherung der haushaltsnahen Waren- und Dienstleistungsversorgung.

2.2 Qualifizierung der Arbeitskräfte in der Region

Die Erhaltung und Entwicklung eines Produktions- und Dienstleistungsstandorts hängt eng mit der Verfügbarkeit von qualifizierten Arbeitskräften zusammen.

Mit der Intensivierung der Ausbildungsanstrengungen wird ein zweifacher Beitrag geleistet: Zum einen wird qualifizierter Nachwuchs für die heimische Wirtschaft herangebildet, zum anderen wird der Tendenz zur Abwanderung von Jugendlichen in die Ballungsräume durch Bereitstellung zukunftsorientierter Ausbildungsplätze entgegengewirkt. Letzteres ist eine originäre Aufgabe der regionsansässigen Betriebe. Heute befinden sich gewerbliche Betriebe bereits in einem starken Wettbewerb um Auszubildende, wobei nicht mehr alle Ausbildungsplätze besetzt werden können.

Daneben sollten die Betriebe darin unterstützt werden, qualitativ hochwertige Ausbildungsplätze in einer Verbundlösung zur Verfügung zu stellen. Im Rahmen eines solchen Ausbildungsverbundes arbeiten Stammbetriebe, die den überwiegenden Teil der Ausbildung leisten und auch den Ausbildungsvertrag abschließen, mit Partnerbetrieben zusammen, die die jeweils fehlenden Ausbildungsabschnitte übernehmen.

Zur Besetzung aller Ausbildungsplätze in der Region ist ein regelrechtes "Azubi-Marketing" notwendig, das von Großunternehmen schon seit einigen Jahren systematisch betrieben wird. Hierbei sollte eine aktive Aufklärungsarbeit unter den Jugendlichen über "Leben und Arbeiten im Biosphärenreservat Rhön" durchgeführt werden.

Technische, wirtschaftliche und organisatorische Entwicklungen bewirken einen ständigen Wandel der Anforderungen an die Berufsqualifikation. Die berufliche Weiterbildung der Arbeitskräfte ist daher eine Notwendigkeit für jeden Betrieb, um seine Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Kleine und mittlere Unternehmen sind aufgrund ihrer Betriebsgröße und ihres begrenzten organisatorischen Potentials vielfach überfordert, eine intensive Weiterbildung ihrer Mitarbeiter durchzuführen. Ebenso besteht ein erheblicher Bedarf an Management-Schulung und Seminaren für Unternehmer und Führungskräfte.

Zur Stärkung der regionalen Weiterbildungstätigkeit sind bedarfsgerechte Veranstaltungen in enger Abstimmung mit den ansässigen Betrieben, Kammern, Verbänden und Veranstaltern in der Region selbst bzw. in den umliegenden Städten durchzuführen. Notwendige flankierende Maßnahmen sind die umfassende Information über Weiterbildungsangebote sowie die aktive Werbung bei kleinen und mittleren Unternehmen und Arbeitnehmern für die Durchführung von und die Beteiligung an Weiterbildungsmaßnahmen.

Zur Steigerung des regionalen Qualifikationspotentials liefert die Beratung von Existenzgründern einen wichtigen Beitrag, bei der neben der Beratung über geplante Vorhaben auch das Finden neuer Unternehmensideen betrieben werden kann.

2.3 Informations- und Kontaktvermittlung sowie Beratung von kleinen und mittleren Unternehmen

Eine aktive regionale Wirtschaftspolitik baut auf den in der Region bereits vorhandenen Industrie-, Handwerks- und Dienstleistungsbetrieben auf, fördert und erhält die technischen und wirtschaftlichen Potentiale der Betriebe und stärkt auf diese Weise die Leistungsfähigkeit der Regionalwirtschaft. Die Tätigkeit kleiner gewerblicher Betriebe ist nahezu ausschließlich auf die direkte Leistungserstellung ausgerichtet, wobei produktionsvor- und -nachgelagerte Stufen, aber auch eine systematische Unternehmensplanung vernachlässigt werden. Defizite bestehen häufig in langfristig ausgerichteten Bereichen wie der systematischen Produktfindung und -entwicklung, in kurzfristigen Planungselementen wie der Kostenüberwachung, Vor- und Nachkalkulation und im Marketing.

Durch eine gezielte Informations- und Kontaktvermittlung sowie Beratungsdienstleistungen lassen sich diese Handlungsfelder bei kleinen und mittleren Unternehmen stärken. Hiermit wird ihre Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und ein Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen geleistet. Beispiele sind Marktinformationen, Auskünfte zu Messen, Veranstaltungen, Warenbörsen, Datenbankrecherchen, Patentinformationen, Vermittlung von Geschäftspartnern, Experten, Praktikanten u. a., Auskünfte über Fördermöglichkeiten von Innovationen sowie technische und Wirtschaftsberatung.

Mit kleiner werdender Betriebsgröße nimmt die Bereitschaft ab, Dienstleistungen in Form von Beratung in Anspruch zu nehmen. Häufig ist bei Kleinbetrieben die Notwendigkeit, Beratung einzuholen, sogar mit einem Negativ-Image belegt, indem Beratungsbedarf als Eingeständnis eigener Fehler und Versäumnisse angesehen wird. Eine wichtige Aufgabe aller an der Wirtschaftsförderung beteiligten Institutionen liegt darin, durch eine abgestimmte Aufklärungsarbeit derartige Hemmschwellen abzubauen und die Betriebe für die Inanspruchnahme von Beratungsleistungen zu sensibilisieren.

Die Einrichtung von Unternehmer-Arbeitskreisen in der Region zu Fachthemen wie Marketing, Controlling, EDV-Einsatz ist ein wichtiges Instrument zur Stärkung von kleinen und mittleren Unternehmen. Jeder Teilnehmer profitiert vom fachlichen Erfahrungsaustausch in den Arbeitskreissitzungen, die aufgrund ihrer Zusammensetzung einen besonders engen Praxisbezug haben. Darüber hinaus sind sie ein wichtiges Kontaktforum zur Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen regionaler Akteure.

Ein Instrument direkter betrieblicher Zusammenarbeit sind Kooperationsnetzwerke, in denen kleine und mittlere Betriebe eine bestimmte Aufgabe gemeinsam durchführen. Ein Beispiel hierzu ist die gemeinsame Beauftragung eines Marktmanagers für den Absatz von Schreinerprodukten aus dem Vogelsbergkreis im Rhein-Main-Gebiet, dessen alleiniger Einsatz für einen einzelnen Betrieb zu kostenaufwendig wäre.

Mit dem Regionalen Zentrum für Wissenschaft, Technik und Kultur (RWZ) in Fulda ist bereits ein sehr guter Ansatz zur Vernetzung des Wissens in der Region gegeben. Eine beispielhafte Aktion war die ökologische Regionalschau in Tann, auf der zahlreiche Betriebe aus der Rhön vertreten waren.

2.4 Unterstützung von dem Biosphärenreservat angepassten Produktionsformen, Produkten und Dienstleistungen

Die Ausweisung als Biosphärenreservat stellt die Wechselbeziehungen zwischen Mensch und Natur in den Vordergrund der künftigen Entwicklung. Die Regionalwirtschaft kann in diesem Zusammenhang mit Verfahrens- und Produktinnovationen besondere Beiträge leisten, die zu einer **hohen regionalen Wertschöpfung** führen und die natürlichen Ressourcen weitgehend schonen. Eine Produktion mit hoher regionaler Wertschöpfung lastet den "Produktionsfaktor Arbeit" gut aus und schafft regionales Einkommen. Dabei

lassen sich natürliche (z. B. Holz) und soziokulturelle Ressourcen (z. B. traditionelles Handwerk) nutzen. Die Begrenzung von Transport- und Verkehrsvolumina wirkt ebenfalls ressourcenschonend.

Eine wirtschaftliche Tätigkeit mit besonderer Berücksichtigung ökologischer Belange ist nur unter zwei Voraussetzungen tragfähig: Die Produktionsweise muß wettbewerbsfähig und die Produkte müssen marktfähig sein. Ansatzpunkte mit positiver regionalwirtschaftlicher Wirkung liegen im Aufbau von sogenannten **Produktionsketten**, die von der Erzeugung über die Verarbeitung zur Vermarktung führen. Durch Vernetzung regionaler Produzenten und - soweit möglich - Abnehmer läßt sich die Wertschöpfung in der Region steigern. Zur Förderung regionalwirtschaftlich wie ökologisch richtungsweisender Ansätze bieten sich folgende Aktivitäten an:

- Sensibilisierung der Betriebe für Innovationen zu angepaßten Produktionsformen und Produkten,
- Initiierung beispielhafter Vorhaben,
- Beratung bzw. Vermittlung in technischen, kaufmännischen und organisatorischen Fragen sowie
- Kooperationsförderung.

Der quantitative Beitrag angepaßter Produktionen und Dienstleistungen zum regionalen Gesamtergebnis ist auch mittelfristig nur von begrenzter Bedeutung. Eine positive Wirkung kann von einer Vielzahl kleiner Einzelprojekte ausgehen, die Beispielcharakter haben und bei erfolgreicher Durchführung mobilisierend wirken. Positive Erfahrungen und Ergebnisse sollten mit einem aktiven Innenmarketing im Biosphärenreservat verbreitet werden.

Im folgenden werden beispielhaft Ansatzpunkte für angepaßte Produktionsformen im Biosphärenreservat aufgeführt, die in der täglichen Praxis zusammen mit den beteiligten Betrieben zu prüfen und auszugestalten sind. Einige der hier genannten Vorschläge werden in der Rhön schon umgesetzt bzw. vorbereitet.

- **Kooperation von Handwerksbetrieben** zur Produktion und zum Absatz regionaler Qualitätserzeugnisse.
- Herstellung und Absatz **regionstypischer Handwerksprodukte** im Sinne einer Produktnischenpolitik. Anknüpfungspunkte hierfür sind im Gebiet:
 - Holzbearbeitung an vielen Orten,
 - Holzschnitzerei in Empfertshausen, Zella, Klings, Bischofsheim,
 - Textil- und Leinenverarbeitung,
 - Glasbläserei (OTT/GERLINGER, 1992).
- **Verbindung von traditioneller Handwerkskunst und Tourismus** zur Erschließung zusätzlicher Absatzmöglichkeiten und zur gleichzeitigen Schaffung besonderer touristischer Angebote. Ansätze sind Wochenkurse im Rahmen eines Aktivurlaubs für Schnitzerei, Wollverarbeitung/Weben etc., Ausstellungen sowie Direktverkauf.
- **Diversifizierung landwirtschaftlicher Produktion** zu regionalspezifischen Produkten und ökologischer Produktionsweise. Beispiele hierfür sind das Rhönlamm.
- **Verarbeitung landwirtschaftlicher Grundprodukte** in der Region in Kooperation mit dem ansässigen Handwerk bzw. verarbeitenden Betrieben. Beispiele sind Rhöner

Wurstspezialitäten, Rhönmilch (Molkerei in Kaltensundheim), Rhöner Bauernkäse sowie die Produktionskette Bioweizenanbau - Mühle - Bäckerei in Rasdorf.

- **Verbesserung der Vermarktungsmöglichkeiten** heimischer Agrarprodukte durch neue Absatzstrategien (vgl. Kap. 12). Ansatzpunkte hierfür sind:
 - Einführung eines Gütesiegels bzw. einer Herkunftsbezeichnung als Qualitätskriterium,
 - Gründung eines Marktverbundes zur Direktvermarktung,
 - Beschickung von Bauernmärkten (wie in Bad Kissingen und Hammelburg),
 - Neugründungen in Fulda, Meiningen u. a.,
 - Einrichtungen von Ab-Hof-Verkaufsstellen,
 - Direktabsatz von Frischprodukten im Gastgewerbe (Hotels, Gaststätten oder Bring-Service),
 - Kooperation mit dem Lebensmittelhandel (z. B. shop-in-shop-System, auch in Nachbarschaftsläden)
- **Verbesserung der Vermarktungsmöglichkeiten für heimisches Holz, z.B.**
 - Förderung von kommunalen Heizanlagen mit Hackschnitzelfeuerung,
 - Förderung von holzbefeuerten Heizungen für Eigenheime,
 - Förderung der Ansiedlung von Holzverarbeitenden Betrieben zur Herstellung von Holzwole und Holzdämmstoffen
 - und
 - Förderung der Herstellung sowie der Verwendung von traditionellen Holzschindeln (Rhönschindel) für Fassadenverkleidung.
- Kombination landwirtschaftlicher Produktion mit begleitenden **Dienstleistungen**.

Beispiele hierfür sind:

- Landschaftspflege (vgl. Kap. 12),
- Reiterhöfe,
- Urlaub auf dem Bauernhof (vgl. Kap. 12.7),
- Aufbau eines Netzes von Verpflegungs-, Übernachtungs- und Fahrradreparaturmöglichkeiten für Wanderer und Radtouristen.

2.5 Verfahrensbegleitung und Abbau von Entwicklungshemmnissen

Mit dem Aufbau einer aktiven Bestandspflege bzw. -entwicklung sind die ansässigen Betriebe in den vergangenen Jahren verstärkt in das Blickfeld kommunaler Wirtschaftsförderung gerückt. Deren Aufgabe liegt darin, örtliche Entwicklungshemmnisse zu beseitigen und positive Impulse für die Weiterentwicklung der vorhandenen Betriebe und ihre Anpassung an sich wandelnde Marktbedingungen zu vermitteln.

Zum Erkennen örtlicher Entwicklungshemmnisse ist eine regelmäßige Kontaktpflege zu den Betrieben notwendig. Hierbei können frühzeitig Anforderungen wie Erweiterungsbedarf, aber auch z. B. Nachfolgeprobleme erkannt werden.

Notwendig ist eine intensive Betreuung von Betrieben bei Ansiedlungen, Umsiedlungen und Erweiterungen. Hierzu zählen die Herstellung und Begleitung von Kontakten zu den verschiedenen Genehmigungsbehörden, die Koordination zwischen ihnen und den übrigen Verfahrensbeteiligten (Träger öffentlicher Belange). Auch die rechtzeitige Einschaltung qualifizierter Planungsbüros erleichtert den Kommunen die Abstimmung ihrer Ziele und die Durchführung von Genehmigungsverfahren.

2.6 Gewerbeflächen- und Standortsicherung

Die Entwicklung der Rhön als Biosphärenreservat stellt zwei Anforderungen, die miteinander in Einklang zu bringen sind: Zum einen unterliegen die naturräumlichen Potentiale einem besonderen Schutz, der mit einem abgestuften Schutz- bzw. Nutzungskonzept durchgesetzt werden soll. Zum anderen ist die ansässige Wirtschaft Hauptträger der wirtschaftlichen Regionalentwicklung, wozu eine ausreichende Versorgung mit Flächen und Infrastruktureinrichtungen unabdingbar ist.

Zur Sicherung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung, die wie in anderen Regionen mit einem erheblichen Umstrukturierungsbedarf verbunden ist, ist damit eine Gewerbeflächen- und Standortsicherung erforderlich. Sie beinhaltet die Bereitstellung eines ausreichenden Flächenangebotes und einer leistungsfähigen Infrastruktur für die regionale Eigenentwicklung, um betriebliche Erweiterungen, Verlagerungen und Existenzgründungen zu ermöglichen und damit die Arbeitsplatzversorgung in der Region zu sichern. Die Gemeindeggespräche in der hessischen Rhön haben häufige Erweiterungsabsichten ansässiger Handwerksbetriebe und Verlagerungsbedarf aus Mischgebieten ergeben, die mit dem Entwicklungsziel des Biosphärenreservates vereinbar sind.

Zweifelsohne unterliegen die Nutzung bestehender und die Erschließung neuer Flächen in einem Biosphärenreservat besonders hohen Anforderungen, die zu einem hohen Nutzungsgrad "versiegelter" Flächen und damit zu einem sparsamen Flächenverbrauch führen sollen. Dem Recycling nicht mehr genutzter Gewerbestandorte innerhalb des bebauten Bereiches, auch ehemal. LPG-Anlagen, kommt hohe Bedeutung zu. Mehrere thüringische Gemeinden konnten so kurzfristig Gewerbeflächen bereitstellen. Vorrangige Bedeutung hat die Bereitstellung geeigneter Flächen für Erweiterungen und Verlagerungen regionsansässiger Betriebe und für die Ansiedlung neuer Betriebe, die sich eng in die Wirtschaftsstruktur des Raumes einbinden lassen. Für flächenextensive Betriebe mit geringen Arbeitsplatzeffekten (z. B. Spedition, Lagerei, Betriebe mit hohem Verkehrsaufkommen oder emittierende Betriebe) ist das Biosphärenreservat kein gut geeigneter Standort, vielmehr bieten sich hierfür die umliegenden Wirtschaftsachsen an.

Durch die Berücksichtigung der Entwicklungsflächen für Gewerbe- und Wohnen außerhalb der Kernzone und der Pflegezone werden Entwicklungshemmnisse bei der Flächenausweisung durch die Zonierung des Biosphärenreservats vermieden.

Für die Gewerbeflächen- und Standortsicherung bestehen folgende Aufgaben:

- Koordinierte Flächenentwicklung der Gemeinden auf Basis einer abgestimmten Entwicklung von Funktionsschwerpunkten. Durch interkommunale Zusammenarbeit lassen sich in der Region nachfragegerechte Gewerbe- und Siedlungsflächen an geeigneten Standorten mit besonderer Rücksicht auf naturräumliche Gegebenheiten bereitstellen. Größere Flächenausweisungen sollten sich auf Orte richten, die zugleich Dienstleistungsstandorte sind und Vorteile in der Erreichbarkeit (vorhandener Anschluß an Straßen- und Bahnnetz) haben.
- Beratung der Gemeinden bei der Entwicklung und Nutzung von Mikrostandorten. Durch Beratung und Vermittlung von Planungsleistungen können Entscheidungen der zumeist kleinen Gemeindeverwaltungen verbessert werden.
- Abstimmung der räumlichen Entwicklungsziele zwischen dem thüringer Raum und der hessischen und bayerischen Rhön, um den Aufbau einer Grundversorgung mit Arbeitsplätzen in Thüringen zu begünstigen und die vorübergehend hohen Auspendlerströme zu weit entfernten Arbeitsplätzen abzubauen.

2.7 Sicherung der Waren- und Dienstleistungsversorgung

Das Überleben der landschaftlichen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Vielfalt der Rhön hängt nicht nur vom Angebot an Erwerbsmöglichkeiten ab. Entscheidend ist, ob die ansässige Bevölkerung die Region mehrheitlich für einen befriedigenden Lebensraum hält und hier wohnen bleibt, oder ob die vor allem in kleineren Siedlungen feststellbaren Abwanderungstendenzen anhalten. Das gilt besonders für den thüringischen Teil des Biosphärenreservats, wo die Bevölkerungsabnahme zwischen 1971 und 1990 im Gemeindedurchschnitt über 7 % betrug und bereits vor der Grenzöffnung rückläufig war. Auch in einigen hessischen und bayerischen Ortsteilen gab es Rückgänge zu verzeichnen.

Die Einzelfaktoren dessen, was subjektiv empfundene Lebensqualität ausmacht, sind vielfältig und werden durch die gängigen strukturpolitischen Kenngrößen nur unvollständig abgebildet. Lebensraumzufriedenheit stellt sich unter anderem auch daran her, daß wichtige Funktionen der Grundversorgung öffentlicher und privater Art am Ort vorhanden oder andernorts gelegen gut erreichbar sind (JÄGER, 1992). In ländlichen Regionen mit überwiegend kleinen Siedlungseinheiten und einer dispersen Siedlungsstruktur wirft die Versorgung der Bewohner mit öffentlichen Dienstleistungen sowie die Bereitstellung von privaten Dienstleistungen jedoch erhebliche Probleme auf. Beim Nichterreichen einer Mindestauslastung bei öffentlichen Einrichtungen und beim Unterschreiten einer Mindestbeanspruchung privater Dienstleistungen werden diese Angebote nicht mehr aufrechterhalten.

Probleme des Angebotsrückgangs

Gestützt auf weitgehend unflexible Richtwerte und Rentabilitätsberechnungen ziehen sich öffentliche und private Anbieter zunehmend "aus der Fläche zurück". Das gilt für öffentliche Einrichtungen, Post, Bahn und öffentlichen Nahverkehr genauso wie für Einzelhandel, Gaststätten und Kreditinstitute. Damit werden das öffentliche Versorgungsnetz immer weitmaschiger und die Einzugsgebiete privater Einrichtungen immer größer. Zwar handelt es sich jeweils nur um Einzelentscheidungen verschiedener Institutionen oder privater Unternehmen, doch auf der Ebene des Dorfes verstärken sich deren Effekte zum Schwund an Lebensqualität, denn die Erreichbarkeit des einzelnen Dienstleistungsangebotes wird erschwert. Die Verfügbarkeit über einen PKW wird zum Muß. Betroffen von dieser Ausdünnung sind insbesondere diejenigen, die nicht aktiv am Individualverkehr teilnehmen können, weil sie zu alt, zu jung, zu arm oder zu krank sind.

Mit dem Verschwinden der Poststelle, der Gaststätte und des letzten Lebensmittelladens verschlechtert sich nicht nur die materielle Versorgungslage nachhaltig. Es verschwindet zugleich ein wichtiger Treffpunkt der Dorfbewohner, der als "Informations-börse" und Kommunikationsort das soziale und kulturelle Leben in den Dörfern entscheidend prägt. Dieser Verlust trifft alle Bewohner und kann zu sozialer Entflechtung und zum Verlust an lokaler Identität führen.

Hierbei ist die Entwicklung in Thüringen dramatischer als in Bayern und Hessen, denn der sich in den Altländern seit Jahrzehnten vollziehende Erosionsprozeß findet in den neuen Ländern als plötzliches Wegbrechen von Einrichtungen statt, und das von einem vergleichsweise hohen Ausgangsniveau. In der ehemaligen DDR verfügten auch Kleinsiedlungen über Verkaufsstellen für Waren des täglichen Bedarfs und Postausgabestellen; in größeren Siedlungen gab es "Landwarenhäuser" mit Reparaturannahme usw.

Aufgrund der teilweise gravierenden Bevölkerungsabnahmen und des durch den politischen Wandel bedingten Fortfalls von Subventionen muß davon ausgegangen werden, daß das noch vorhandene Angebot in Thüringen weiter ausgedünnt wird. So sollen viele ländliche Poststellen geschlossen werden. Bei der Nahverkehrsversorgung traten bereits erhebliche Verschlechterungen ein (Aufgabe von unrentablen Routen, Frequenzreduzierung) bei gleichzeitigen drastischen Fahrpreiserhöhungen. Die schlagartig gestiegene Individualmotorisierung hat hier ein übriges getan, denn mit der Vergrößerung des Aktionsradius der "automobilen" Bevölkerung sank zugleich die Inanspruchnahme des öffentlichen Nahverkehrs und der örtlichen Versorgungsangebote.

Die Folgen der Übernahme des marktwirtschaftlichen Systems werden beim Einzelhandel besonders deutlich. Bei großräumiger Betrachtungsweise besteht nach Meinung von Einzelhandelsexperten in den neuen Ländern einerseits die Gefahr eines ruinösen Verkaufsflächenüberangebotes, vor allem an individualverkehrsorientierten Standorten außerhalb der Siedlungskerne (GREINER, 1992). Dieser vorrangig von der Ansiedlung von Großmärkten "auf der grünen Wiese" ausgehende Konkurrenzdruck wird andererseits den weitgehenden Zusammenbruch der bisherigen Versorgungsstrukturen bewirken bzw. beschleunigen. Im Rahmen der von der Treuhand betriebenen Privatisierung werden die unrentablen Filialen der HO- und Konsumläden ohnehin der Schließung anheimfallen.

Bei diesem Angebotsrückgang wird insbesondere der Verlust von Einkaufsmöglichkeiten von der Bevölkerung in Ost und West als gravierend angesehen. Denn ihren Dorfladen empfinden 70 % der Bewohner kleiner Ortschaften als Mittelpunkt des Dorfes (PRIEBE/BÄHR, 1990). Damit kommt der Erhaltung von wohnungsnahen Verkaufseinrichtungen für den täglichen Bedarf eine erhebliche Bedeutung für die Lebensraumzufriedenheit der Bewohner zu, wenn auch die Erreichung dieses Zieles auf Schwierigkeiten stößt.

Lösungsvorschlag: "Nachbarschaftsladen 2000"

Bemühungen zur Sicherung einer infrastrukturellen Mindestversorgung in ländlichen Regionen sind mit den aus der geringen Siedlungs-, Infrastruktur- und Arbeitsplatzdichte resultierenden Problemen der "kleinen Zahlen" und der schlechten Erreichbarkeit konfrontiert. Im folgenden werden deshalb beispielhafte Lösungsvorschläge für die Grundversorgung mit Waren und Dienstleistungen skizziert, die diesen Problemen Rechnung tragen. Das entwickelte Modell basiert auf den nachstehenden Prinzipien:

1. Die Bündelung von öffentlichen und privaten Dienstleistungsangeboten "unter einem Dach" mit gemeinsamer Nutzung von Räumlichkeiten, Ausstattung und Personal trägt Wirtschaftlichkeitserfordernissen Rechnung.

2. Die aktive Einbindung von Nutzern (Regionsbewohner, ansässige Unternehmen, Vereinigungen) in den Aufbau und Betrieb der Einrichtungen erbringt Nachfrageorientiertheit und stellt einen hohen Grad an Identifikation mit dem Geschaffenen her. Sie erreicht auf diese Weise eine gute Frequentierung der Einrichtungen und trägt damit zu deren langfristiger Sicherung bei.
3. Der Einsatz neuer Informations- und Kommunikationstechniken hilft, das Problem der Raumüberwindung anzugehen und Individualverkehre zu vermeiden, indem Informationen telematikgestützt zu den Nutzern transportiert und kleinräumige Verbundlösungen ermöglicht werden.
4. Die Verschränkung von öffentlichen Hilfen (in Form von Anschubfinanzierungen für Investitionen und Beratung) mit privater Initiative (in Form von ehrenamtlichem Engagement und gemeinwirtschaftlich ausgerichteten Beteiligungsmodellen) hat sich verstärkende und steigernde Wirkungen, indem sie die Bemühungen der aktiv an Lösungen Interessierten bündelt: die ländliche Version von public-private-partnership.

Unter dem Begriff des Nachbarschaftsladen 2000 wurde eine Idee zur wohnungsnahen Sicherung der ländlichen Grundversorgung mit Einzelhandel und anderen wichtigen Dienstleistungen entwickelt, die auch einen Ansatz für die Versorgungsprobleme der Rhön bietet. Ihre Wurzeln hat sie in entsprechenden Ansätzen in Hessen und im europäischen Ausland (KLAUS-STÖHNER / GRASS, 1991). Sie soll in denjenigen Orten bzw. Situationen Hilfestellung leisten, wo private Geschäftstätigkeit in Einzelhandel und Kreditwesen sowie postalische und kommunale Dienste nicht mehr bestehen bzw. aufgabegefährdet sind.

Der Nachbarschaftsladen beschreibt den möglichen Rahmen für flexible Versorgungslösungen, die auf die jeweiligen örtlichen Bedingungen abgestimmt sind. Das heißt, das in einem Nachbarschaftsladen bereitzustellende Dienstleistungsspektrum kann von Ort zu Ort variieren. Denn es richtet sich stets an dem noch vorhandenen Angebot einerseits sowie dem artikulierten Bedarf der Bewohner andererseits aus. Zu bedenken ist ebenfalls, ob die voraussichtliche Inanspruchnahme der Einrichtung den nicht unerheblichen Aufwand bei ihrem Aufbau rechtfertigt. Im Zweifelsfall sollte eine Verbundlösung gewählt werden, in der ein Nachbarschaftsladen in einem "größeren" Ort (700 – 1.000 Einwohner) per Bestellservice kleinere Nachbarorte mitversorgt.

Beispiele für solche multifunktionalen Einrichtungen gibt es im europäischen Ausland bereits seit längerem. In ländlichen Gebieten Großbritanniens z. B. ist die Kombination von Lebensmittelgeschäft und Poststelle Regelfall (JÄGER, 1990). In Dänemark wurde ähnliches im Modellversuch erprobt (KLAUS-STÖHNER / GRASS, 1991). Dabei geht es neben der materiellen Versorgung mit Dienstleistungen stets auch um die sozialen und kulturellen Funktionen, die eine solche Einrichtung vor Ort erfüllt als Treffpunkt und informelle "Informationsbörse". Hierin liegt auch ihr entscheidender Unterschied zu einem mobilen Versorgungsangebot: Sie gibt dem Dorf seinen Mittelpunkt.

Gemeinsam haben alle möglichen Varianten des Nachbarschaftsladens, daß bei ihrem Betrieb der Versorgungsaspekt gegenüber dem Gewinnaspekt im Vordergrund steht. Auch sollten die nicht-öffentlichen Angebote nach einer Anlaufzeit Kostendeckung bzw. wirtschaftliche

Mögliche Dienstleistungsangebote im Nachbarschaftsladen

Zumeist wird eine der dargestellten Dienstleistungen der Ausgangspunkt einer solchen Einrichtung sein (Kernfunktion), an den weitere Dienstleistungen (Zusatzfunktionen) angelagert werden können. Diese Kombination von Angeboten bietet folgende Vorteile:

- Durch die Zusammenfassung von Angeboten unter einem Dach erhöht sich die Attraktivität des Einzelangebots.
- Durch die gemeinsame Nutzung von Räumlichkeiten, Einrichtung und Personal können Kosten gespart werden.
- Durch den Einsatz eines Personalcomputers mit on-line-Verbindung zur Kommunal- bzw. Kreisverwaltung kann das Beratungsangebot für die Bürger entscheidend verbessert werden. Das Gerät kann zudem für die Buchführung und den Bestellservice genutzt werden, kann zur Führung eines Vereinskaltenders oder als Schreibservice den Bürgern zur Verfügung stehen. Ein Faxgerät ist sowohl von Betreibern als auch von Bürgern nutzbar.

Über die Bündelung von Dienstleistungen hinausgehend bietet die aktive Teilhabe der Bürger an Aufbau und Trägerschaft eines Nachbarschaftsladens weitere Chancen, die Frequentierung der Einrichtung zu erhöhen. Die Geschäftsform einer "Gesellschaft bürgerlichen Rechts" (GbR) oder einer Genossenschaft ermöglicht es den Bürgern, durch eine Betriebseinlage direkte Miteigentümer und Träger der Einrichtung zu werden und so beispielsweise die erste Warenausstattung zu finanzieren. Der vielleicht wichtigste Effekt einer solchen gemeinschaftlichen Trägerschaft liegt in der Identifikation der Bürger mit dem Projekt, für das ihr zeitliches und finanzielles Engagement "lebensnotwendig" ist. Nicht zufällig gaben die Bürger den bestehenden Gemeinschaftsläden den Namen "UNSER LADEN" (STADT SCHLÜCHTERN, 1991).

Um einen am unteren Ende der wirtschaftlichen Tragfähigkeit operierenden Nachbarschaftsladen nicht von vornherein durch hohe Tilgungs- und Zinszahlungen zu belasten, sollte es eine öffentliche Anschubfinanzierung geben. Diese sollte sowohl die Planungs- und Beratungskosten beim Aufbau decken als auch einen nennenswerten Beitrag zu den Investitionskosten erbringen. Das bestehende Förderinstrumentarium ist allerdings noch ergänzungsbedürftig.

Im Biosphärenreservat gibt es eine Reihe von Ortschaften mit entsprechendem Bedarf, in denen die Machbarkeit von Nachbarschaftsläden zu prüfen wäre. Jedoch sollten die Bemühungen zur Sicherung und Wiederansiedlung von solchen Einrichtungen von einer entsprechenden Politik in der Bauleitplanung flankiert werden. Diese sollte ihre Zustimmung zur Ansiedlung von Großmärkten in der Rhön kritisch prüfen, sofern derartige Geschäfte auf einen Einzugsbereich angewiesen sind, in dem noch kleinere Läden bestehen und dann einem ruinösen Wettbewerb ausgesetzt wären.

2.8 Organisatorischer Rahmen

Zur Umsetzung der Aufgaben einer aktiven regionalen Wirtschaftspolitik ist ein organisatorisches Grundgerüst erforderlich, das eine qualifizierte Beratungs- und Dienstleistungstätigkeit auf drei Ebenen ermöglicht:

1. Aktives Informationsmanagement.
2. Aufbau und Pflege regionaler Kontaktnetze.
3. Aktivierung der Qualifizierungs- und Innovationsbereitschaft.

Ansatzpunkte für die Bereitstellung eines qualifizierten Beratungs- und Dienstleistungsangebotes zur Stärkung der Regionalentwicklung sind zunächst die bestehenden Institutionen, die in der Interessenvertretung, der Beratung, der Qualifizierung und im Dienstleistungsbereich tätig sind. Der

Zugang der Akteure im Biosphärenreservat zu diesen Angeboten wird jedoch durch zwei Schwellen erschwert: durch die regionale Distanz zu den i. d. R. extern ansässigen Institutionen und durch die sektorale Spezialisierung (Industrie- und Handelskammer, Handwerkskammer, spezielle Bildungseinrichtungen, verschiedene Ämter und Behörden). Erschwerend kommt die Zugehörigkeit des Raumes zu drei Ländern hinzu.

Zur Stärkung der regionalen Qualifikation und Innovationskraft empfehlen wir deshalb eine Bündelung der entsprechenden Angebote und Tätigkeiten in der Region. Damit ist ein doppelter Vorteil verbunden: Zum einen sind die Informations- und Beratungsleistungen schneller erreichbar, zum anderen können sie enger am regionalen Bedarf ausgerichtet werden. Auch die Notwendigkeit verstärkter Qualifizierungs- und Innovationsbereitschaft läßt sich in einem engen Kontaktkreis leichter vermitteln als aus der Distanz. Aus diesen Gründen wird vorgeschlagen:

„Aufbau eines regionalen Entwicklungsstabes Wirtschaft für das Biosphärenreservat Rhön“

als - länderübergreifende - Aktionseinheit einer aktiven Regionalpolitik im Biosphärenreservat. Durch die räumliche und fachliche Integration der Informations- und Beratungsangebote läßt sich auch die Effizienz der Förderung der regionalen Entwicklungspotentiale steigern (vgl. Kap. 22.3).

Die Hauptaufgabe des regionalen Entwicklungsstabes liegt darin, erster Ansprechpartner für alle Betriebe im Biosphärenreservat in allen Bereichen der Informations-, Kontakt- und Dienstleistungsvermittlung zu sein. Gleichzeitig wirkt seine Tätigkeit stimulierend auf die regionale Qualifizierungs- und Innovationsbereitschaft. Außerdem übernimmt er Koordinierungsfunktionen zwischen Wirtschaft und Verwaltung sowie mit lokalen Initiativen und unterstützt die interkommunale Kooperation, z. B. auch bei der Sicherung einer flächendeckenden Waren- und Dienstleistungsversorgung.

Es kann keineswegs im Sinne des Vorschlages eines regionalen Entwicklungsstabes liegen, Parallelstrukturen zu bestehenden Informations- und Beratungseinrichtungen aufzubauen. Dies würde einem effizienten Mitteleinsatz widersprechen und die erforderliche Akzeptanz des Stabes bei Betrieben und bestehenden Institutionen erschweren. Zur Gewährleistung einer engen Kooperation mit bestehenden Einrichtungen sollte deren institutionelle Einbindung erfolgen. Damit sind die Träger bzw. Beteiligten an dem Entwicklungsstab weitgehend vorgegeben:

- Industrie- und Handelskammern,
- Kreishandwerkerschaft bzw. Handwerkskammer,
- Wirtschaftsförderung der Kreise,
- Vertreter der Gemeinden,
- Landwirtschaftsämter (in Hessen: Amt für Regionalentwicklung, Landschaftspflege und Landwirtschaft),
- Tourismusverbände,
- Kreisbauernverbände.

Darüber hinaus können informelle Gruppen und Organisationen auf regionaler und lokaler Ebene einbezogen werden.

Die Personalausstattung des Entwicklungsstabes richtet sich nach dem konkreten Tätigkeitsspektrum und wird zwischen den beteiligten Institutionen abgesprochen. In der Startphase werden zwei bis drei qualifizierte Mitarbeiter und ein Sekretariat benötigt. Erforderlich sind vor allem betriebswirtschaftliche und technische Kenntnisse, aber auch Fachwissen in Planungs- und Verfahrensfragen. Als Organisationsform bietet sich eine GmbH an. Bei dieser Rechtsform hat der

Geschäftsführer eine weitgehende Entscheidungsfreiheit, die eine flexible Geschäftspolitik ermöglicht. Die Träger sind als Anteilseigner verbindlich in die Tätigkeit des Stabes eingebunden.

Beim Aufbau des Entwicklungsstabes kann auf das Know-how von Kooperationen in der Bundesrepublik wie z. B. regionalen Mittelstandszentren in Bad Mergentheim und Alsfeld zurückgegriffen werden, aber auch auf Erfahrungen der ÖAR-Regionalberatung (Österreich).

Ein derartiger Entwicklungsstab Wirtschaft sollte in eine länderübergreifende Trägerorganisation für das Biosphärenreservat, z. B. in die Betriebsgesellschaft (vgl. Kap. 22.3) eingebunden werden.